„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

20. Jahrgang | 16 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 23. Februar 1927. | 16 Seiten | Nummer 16.

Canadische Steuern um 27 Millionen Dollar vermindert

Günstiger Finanzbericht des Ministers J. A. Robb.

Staatsschuld bedeutend herabgesetzt.

Beträchtlicher Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben.

Ottawa. — Im Unterhaus zu Ottawa legte Finanzminister J. A. Robb sein viertes Budget vor, wobei er die zunehmend günstige Entwicklung Canadas betonte und Steuerermäßigungen in Höhe von $27,000,000 in Aussicht stellte. Hinsichtlich der Zolltarife ist keine Aenderung in Aussicht gestellt.

Unter den Steuerherabsetzungen ist die bedeutendste jene, welche eine 10-prozentige Ermäßigung für alle Einkommensteuersätze, die bei den Frühjahrszahlungen in Kraft treten sollen, vorsieht. Die weiteren Verminderungen sind folgende:

Sofortige Herabsetzung aller Verkaufssteuersätze um 20 Prozent.

Die Befreiung von der Markengebühr für Schecks, Noten usw. wird von $5 auf $10 erhöht, wirksam vom 1. Juli an.

Die Markengebühr für Schecks, Bills, Noten usw. beträgt für Werte über $10 zwei Cents. Die Abstufungen in den Gebühren werden vom 1. Juli an abgeschafft.

Das Kriegseinkünfte-Gesetz wird dahin abgeändert, daß Buchdrucker der Verkaufssteuer unterliegen.

Die Ermäßigung in der Einkommensteuer bedeutet, daß der Steuerzahler 10 Prozent weniger als bisher zu entrichten hat. Er hat zwar seine Angaben nach den bis jetzt geltenden Raten zu machen, aber von der zu zahlenden Gesamtsteuer werden 10 Prozent abgezogen. Diese Ermäßigung tritt jedoch nicht ein, wenn es sich um Zinsen auf unbezahlte Steuern oder auf Strafen handelt.

Für das gegenwärtige Finanzjahr rechnet der Finanzminister mit einem Ueberschuß von $34,200,000 bei Vergleich der Einnahmen und Ausgaben. Die Nettoschuld wird um $31,300,000 vermindert werden.

Minister Robb stellte ferner in Aussicht, daß die 5½prozentige Anleihe in Höhe von $29,068,400, welche am 1. November fällig werde, in bar eingelöst werden solle, wenn die Finanzen es gestatten. Der übrige Teil solle durch Ausgabe einer neuen Anleihe zu einem ermäßigten Zinssatz eingelöst werden.

Bei Besprechung der Handelslage wies Minister Robb darauf hin, daß die günstige Handelsbilanz für das laufende Fiskaljahr sich auf etwa $250,000,000 belaufen werde. Die Politik der Regierung sei darauf eingestellt, die Handelsbeziehungen mit fremden Ländern und besonders innerhalb des Reiches zu fördern.

Aus der Rede ist ferner bemerkenswert die Feststellung, daß die öffentliche Schuld in den Finanzjahren 1913—14 bis 1922—23 einschließlich ständig im Wachsen begriffen war, während seitdem beträchtliche Rückgänge zu verzeichnen seien, sodaß in den Finanzjahren 1923—24 und 1925—26 eine Verminderung der Schuld um insgesamt $64,000,000 erzielt worden sei. Rechnet man hinzu, daß weitere $31,000,000 im gegenwärtigen Finanzjahr, das am 31. März zu Ende, abgestrichen werden konnten, so erhöht sich die Schuldherabsetzung auf etwa $95,000,000.

Im Finanzjahr 1926—27 werden ordentliche Einnahmen in Höhe von $393,100,000 erwartet, wozu noch $1,700,000 Reparationszahlungen kommen. Das bedeutet eine Zunahme von $11,900,000 gegenüber dem Vorjahr. Unsere Gesamtausgaben betragen etwa $360,600,000.

* * *

Die Voranschläge.

Ottawa. — Die für das Finanzjahr 1927-1928 dem canadischen Unterhaus unterbreiteten Voranschläge enthalten zwei bemerkenswerte Ziffern. Einmal die allgemeine Erhöhung d. Voranschläge um $6,634,347 gegenüber dem Vorjahr und einen Rückgang von $9,081,500 in den Anleihen an die Canadian National Railways und die canadische Handelsmarine. Der tatsächliche Betrag, welcher während des gegenwärtigen Finanzjahres den Canadian National Railways geliehen worden ist, betrug $22,500,000. Die Gesamtsumme der Voranschläge beläuft sich auf $354,000,000. Die beträchtlichste Erhöhung kommt dem Ministerium für nationale Verteidigung zu, das $15,914,000 erhält.

Für die Hudson's Bay-Bahn und die Terminals sind $5,130,000 vorgesehen, oder um $2,130,000 mehr als im letzten Jahre.

Die Pensionen, welche sich aus dem europäischen Krieg ergeben, erfordern $37,000,000 oder um $1,000,000 mehr als im Finanzjahr 1926-27.

Für die Vertretung in Washington ist die Summe von $130,000 vorgesehen.

Die Einwanderungsabteilung erhält $50,000 mehr zur Deckung allgemeiner Unkosten, während gleichzeitig für den britischen Reichssiedlungsplan $139,900 weniger ausgegeben werden.

Unter den Voranschlägen befindet sich auch ein Punkt, der $150,000 für einen Anbau an ein staatliches Gebäude in Regina in Aussicht stellt. Wahrscheinlich handelt es sich dabei um den Anbau an das Postamt, der schon seit einigen Monaten durch Gerüchte angekündigt worden ist.

Saskatchewan ist die einzige Provinz, welche von der canadischen Regierung einen erhöhten Zuschuß erhält. Auf diese Provinz entfallen heuer $2,032,575, während die anderen Provinzen gleich hohe Beträge erhalten.

Deutsch als Amtssprache im Völkerbund

Bisher nur Englisch und Französisch

Die Frage der Uebersetzungen soll geregelt werden.

Genf, 19. Febr. — In amtlichen Kreisen des Völkerbundes wird davon gesprochen, daß von Deutschland ein Antrag auf Einführung der deutschen Sprache als eine der Amtssprachen des Völkerbundes zu erwarten ist.

Diese Voraussicht stützt sich auf die Tatsache, daß in einer kürzlichen Sitzung der Verwaltungsbehörde der internationalen Ligaorganisation für Arbeiterangelegenheiten, welcher das Deutsche Reich als Mitglied angehört, die deutschen Vertreter eine Beschlußfassung einreichten, dahingehend, daß Reden in deutscher Sprache auf Genfer Arbeitskonferenzen von den Uebersetzern des Arbeitsbüros in Französisch oder Englisch übertragen werden sollen, anstatt von einem Uebersetzer, welchen Deutschland auf deutsche Kosten stellt. Auch verlangten die Deutschen Uebersetzung von Dokumenten der Arbeitskonferenzen in die deutsche Sprache.

Französisch und Englisch sind derzeit die beiden Amtssprachen des Völkerbundes, und die Anregung, Deutsch als dritte Amtssprache hinzuzufügen, stößt auf Widerstand auf den Grund hin, daß drei Uebersetzungen die Völkerbund-Versammlungen und andere Ligatagungen unendlich verlängern würden. Der deutsche Außenminister Dr. Stresemann hat die meisten seiner Reden als Mitglied des Völkerbundrats in deutscher Sprache gehalten, doch hatte er seinen eigenen persönlichen Uebersetzer zur Stelle, der seine Worte ins Französische übertrug.

Hier denkt man jetzt, daß Deutschland an die Völkerbundbeamten das Ansuchen richten wird, die Uebersetzungen ins Deutsche vornehmen zu lassen und auch wichtige Völkerbund-Dokumente, wie den Wortlaut von Konventionen, die an die verschiedenen Regierungen übermittelt werden, in die deutsche sowohl wie die französische und englische Sprache übertragen zu lassen.

Großer Bankerott in Oesterreich

Wien, 19. Febr. — Die „Alpenländische Warenverkehrs-Gesellschaft" hat mit Verbindlichkeiten in Höhe von $500,000 gerichtliche Liquidation beantragt. Das Gerichtsverfahren erstreckt sich auf die Spinnereifabriken in Nassereith, Tirol, die kürzlich mit $160,000 Passiva in Konkurs gerieten. Britische Firmen, die Rohmaterial geliefert haben, werden Verluste erleiden.

Spionage in Rußland

Leningrad, 17. Febr. — Drei Bürger Esthlands, die der Spionage, des Terrorismus und des Anschlages auf das Leben von Pro Birk, den früheren Gesandten Esthlands in Rußland, beschuldigt waren, wurden heute schuldig befunden. Einer wurde zum Tode und die beiden anderen zu acht bezw. einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

Canada und die Seeabrüstung

Ottawa, 17. Febr. — Die britische Regierung hat sich, wie heute bekannt wurde, mit der Regierung Canadas bezüglich des Vorschlages des amerikanischen Präsidenten über die Beschränkung der Seerüstungen in Verbindung gesetzt. Die britischen Nachrichten waren vollständig in der Form einer Mitteilung gehalten, wie erklärt wurde, und es wurden keine Andeutungen über eine Reichskonferenz bezüglich dieser Angelegenheit gemacht.

Schnapsschmuggel von Canada in die Union

Winnipeg, Man., 19. Febr. Hier wurde geschildert, wie Spirituosen unter der Nase von Zollbeamten aus Canada in den amerikanischen Nordwesten eingeschmuggelt werden. W. C. Williams aus Fort Francis, Ont., Zolleinnehmer in jenem Hafen am Superior See, sagte bei der Untersuchung über Betrügereien in der Zollverwaltung, die Durchschmuggelung geistiger Getränke durch seinen Hafen mache sehr geringe Schwierigkeiten. Er erzählte von einer Sendung von 163 Kisten mit Schnaps, die auf einem Hausboot waren. Amerikanische Beamte wurden benachrichtigt, das Hausboot kam aber nach Löschung seiner Ladung zurück. Zweihundert Kisten mit Bier aus Kitchener, Ont., an Williams in Duluth adressiert, gelangten ebenfalls an ihr Ziel.

Italien gegen Coolidges Vorschlag

Rom, 19. Febr. — In einer halbamtlichen Erklärung heißt es, daß Italien dem Beispiel Frankreichs folgen und den von Präsident Coolidge gemachten Vorschlag zur weiteren Einschränkung der Seerüstungen ablehnen wird. Die Antwort Italiens auf die Denkschrift des Präsidenten Coolidge ist fertig.

Die Gründe, die Italien veranlaßten, den amerikanischen Marine-Abrüstungsvorschlag abzulehnen, wurden in der halbamtlichen Erklärung nicht bekanntgegeben, aber dem Vernehmen nach ist der Hauptgrund der, daß Italien darauf besteht, eine Reduzierung der Anzahl seiner Unterseeboote, Zerstörer und anderer leichter Kriegsschiffe würde die Verteidigung der langen Küstenlinie Italiens und dessen afrikanischer Kolonien gefährden.

Flugzeug auf deutschem Dampfer

Berlin, 16. Febr. — Touristen, die mit dem Vergnügungsdampfer „Lützow" vom Norddeutschen Lloyd fahren, können ihre Besichtigungsfahrten nun auch in einem Flugzeuge machen. Der Dampfer wird ein Wasserflugzeug an Bord mitführen. Das Flugzeug hat Raum für 25 Personen und wird vom Dampfer aus Flüge nach landschaftlich schönen Gegenden im Mittelländischen Meer und an anderen Plätzen unternehmen.

Kommunisten-Verschwörung in Polen

Warschau, 18. Febr. — Die polnische Polizei, die kürzlich die Aufdeckung einer weitverbreiteten Kommunisten-Verschwörung zur Ausspionierung politischer und militärischer Geheimnisse Polens zugunsten Sowjetrußlands berichtet hatte, meldet die Verhaftung zweier Spionagegruppen, die zwischen Lemberg und Grodno „gearbeitet" hatten.

Zehn Personen wurden in Lemberg und 14 in Grodno dingfest gemacht. Dem Polizeibericht zufolge befinden sich unter ihnen fünf Soldaten.

Protest der Pekinger Regierung

Gegen die britischen Rüstungen.

Völkerbund soll sich damit in seiner nächsten Ratssitzung beschäftigen.

Genf, 19. Febr. — Die chinesische Delegation beim Völkerbundrat hat bekannt gemacht, daß sie auf Anweisung des Pekinger Außenamtes dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, eine Note übersandte, in welcher gefordert wird, daß die britische Regierung ihren Befehl zur Absendung eines Expeditionskorps nach China zurückziehe.

Der Note ist eine Abschrift des früheren Protestes der Pekinger Regierung beigefügt, in dem die Beschwerde erhoben wurde, daß die Absendung eines britischen Expeditionskorps eine Verletzung des in der Washingtoner Konferenz abgeschlossenen Abkommens der Mächte mit China und des Artikels 10 des Ligapaktes sei, welcher den Mitgliedern der Liga die Pflicht auferlege, die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit der Mitgliedmächte zu schützen.

In der Note an Sir Eric wird ausgeführt, daß die chinesischen Truppen imstande seien, die Ordnung in Schanghai aufrechtzuerhalten. Die Anwesenheit fremder Streitkräfte könnte Verwicklungen im Gefolge haben, weshalb gefordert werde, daß die britische Regierung ihren Befehl zur Entsendung von Truppen nach China rückgängig mache.

Der Wortführer der chinesischen Delegation erklärte, der Hauptdelegat für die Liga, Tschö Tschao-Tsin, der nach Absendung der Note nach Rom abgereist war, erwarte Instruktionen seiner Regierung, ob er die Angelegenheit der Entsendung britischer Truppen nach China in der am 7. März beginnenden Session des Ligarates zur Sprache bringen solle.

Es ist an Deutschland die Reihe, in der nächsten Session des Ligarates den Vorsitz zu führen, aber Außenminister Dr. Stresemann, der zuerst des Englischen vollkommen mächtig sein will, bevor er den Vorsitz übernimmt, hat noch nicht erklärt, ob er das Amt ausüben werde. Wenn er ablehnen sollte, wäre Großbritannien der nächste Anwärter und Außensekretär Sir Austen Chamberlain würde dann in einer Debatte, die gegen seine Regierung gerichtet wäre, den Vorsitz führen.

* * *

Briten und Kantoner schließen neues Abkommen

Hankau, 20. Febr. — Briten und Kantoner haben ein Abkommen von weitreichender Bedeutung erzielt. Nach amtlicher Ankündigung haben Eugen Chen, der Außenminister der nationalen Regierung in China, und Owen O'Malley, der britische Geschäftsträger, nach mehrtägigen Unterhandlungen das Abkommen unterzeichnet. Die Vertragsbedingungen sind noch nicht bekannt.

Nach einer weiteren Mitteilung wird Großbritannien mit den Führern von Nord-China am Montag ähnliche Besprechungen beginnen, in der Hoffnung auf eine ähnliche Verständigung. Nachrichten aus Peking besagen, daß Dr. W. K. Wellington Koo, der Außenminister der Pekinger Regierung, und Miles W. Lampson, der britische Gesandte in China, morgen die Verhandlungen aufnehmen werden.

Eine Meldung aus London besagt, der Hauptpunkt der neuen Vereinbarung zwischen den Briten und Kantonern werde wohl darin bestehen, daß die britische Konzession in Hankau der ausschließlich britischen Kontrolle entzogen und einer gemischten Kommission unterstellt werde, wie es bei den deutschen und russischen Konzessionen bereits der Fall ist. Die Chinesen würden danach mit vermehrten Rechten und erhöhter Verantwortung an der Regelung der munizipalen Angelegenheiten von Hankau teilnehmen.

Saskatchewan in guter Finanzlage

Premier Gardiner legt sein erstes Budget vor.

Alkoholgewinne werden nicht verteilt.

Allgemeine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Regina. — Premier J. G. Gardiner hat in seiner Eigenschaft als Provinzialschatzmeister der Legislatur von Saskatchewan sein erstes Budget vorgelegt. Am Ende des Jahres war ein tatsächlicher Bargeldüberschuß von $30,000 in der Provinzkasse vorhanden. Wären die Alkoholgewinne in Saskatchewan wie in anderen Provinzen verwendet worden, so würde der Ueberschuß insgesamt $1,076,400 betragen. Der Premier kündigte die Errichtung eines Tilgungsfonds zum Zwecke der Rückzahlung der öffentlichen Schuld an. Nach seiner Berechnung könnte durch die Beiseitelegung von jährlich $200,000 die öffentliche Nettoschuld der Provinz in 45 Jahren getilgt werden. Während des letzten Finanzjahres wurde eine Schuldherabsetzung im Betrage von $350,000 erreicht. In der Dominion gibt es nur noch 3 Provinzen, in welchen die öffentliche Schuld niedriger ist als in Saskatchewan.

Im Laufe seiner Rede stellte Premier Gardiner in Aussicht, daß das Verteilungssystem hinsichtlich der verfügbaren Gelder für Unterrichtszwecke in Saskatchewan neu geregelt werde. Die Regierung wolle den schwachen Distrikten soweit als möglich Hilfe bringen und die Schuldistrikte anspornen, den Stand ihrer Schulen zu verbessern. Bei dieser Gelegenheit zollte Premier Gardiner auch dem Unterrichtsminister S. J. Latta eine freudige Anerkennung, indem er erklärte, es werde schwer halten, innerhalb der Grenzen der Provinz einen anderen Mann zu finden, der fähiger sei, die Stelle eines Unterrichtsministers zu versehen. Der Redner teilte ferner mit, daß der Regierung Vorschläge hinsichtlich der Verteilung der Alkoholgewinne unter d. Munizipalitäten zugegangen seien. Die Regierung sei nicht der Meinung, daß man diesen Weg einschlagen solle, weil sie die Verantwortung für das System trage und folglich auch zu den Gewinnen berechtigt sei, um damit die Steuerlast zu erleichtern, während es zugleich gegenüber den Temperenzlern kaum gerecht wäre, wenn man jeder Munizipalität die Vollmacht erteile, auf Grund der Local Option-Bestimmung des Alkoholgesetzes naß zu stimmen.

Ein weiterer Vorschlag sei der Regierung dahingehend unterbreitet worden, daß die Einnahmen aus den Lizensgebühren für Automobile unter den Munizipalitäten verteilt werden. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß sie eine größere Verantwortung zu tragen habe, wenn die Zahl der Automobile sich vermehre, da es sich um die Schaffung von erstklässigen Straßen handelt.

Die Finanzpolitik der liberalen Regierung hat sich in der Provinz als ein großartiger Erfolg erwiesen. Die Einlösung der Anleihen habe allein schon zu einer jährlichen Ersparnis von Zinsen im Betrage von $327,000 geführt.

Ein weiterer bemerkenswerter Punkt war die Mitteilung, daß die Public Revenue Tax um 25 Prozent ermäßigt wird, wodurch $500,000 in den Einnahmen des provinzialen Schatzamtes ausfallen.

Der Voranschlag für das Finanzjahr, das am 30. April 1928 zu Ende geht, schätzt die Einnahmen der Provinz auf $17,908,032 und die Ausgaben auf $17,884,132. Sowohl in Einnahmen wie in Ausgaben wird mit einer Erhöhung von mehr als $1,000,000 gerechnet.

Aus der Rede des Premier sind folgende Stellen von besonderem Interesse: „Jedes Mitglied dieses Hauses wird mit mir übereinstimmen, wenn ich erkläre, daß das Land bis jetzt die größte Einnahmequelle unserer Provinz ist. Wir haben unsere Kohlengruben, unsere Fischereien, unsere Holzarbeiterlager, unseren Pelzhandel und auch einige Fabriken, aber all das ist bedeutungslos, verglichen mit dem Reichtum, den die Farm produziert. Es ist Tatsache, daß jede Tätigkeit in unserer Provinz sich nach dem Auf und Nieder der Landwirtschaft richtet. Wenn es heißt, daß das Geschäft der Darlehensgesellschaften sich bessert, daß sich das Geschäft unserer Banken bessert, daß sich die Munizipalfinanzen bessern, daß die allgemeine Geschäftslage eine bessere ist, so bedeutet das, daß der Farmer nicht mehr so stark den Druck fühlt, unter dem er einige Jahre gelitten hat. Die Darlehensgesellschaften erklären, daß sie seit dem Kriege das beste Jahr gehabt haben, und ihre Ansichten werden bestätigt durch die Darlehensangebote zu den niedrigsten Zinssätzen, die jemals in Westcanada zu verzeichnen waren. Die Banken berichten, daß ihre Depositen gewachsen sind, daß ihr Einkassieren gut und daß der allgemeine Wohlstand des Farmers per Kopf höher sei. Die Munizipalitäten zeigen, daß die Bankdarlehen seit 1921 um fast 5½ Millionen Dollar zurückgegangen sind. Diese Tatsachen in Verbindung mit den geringeren Nachfragen bei unserem Schuldenregelungsbureau weisen darauf hin, daß unsere Bevölkerung allmählich ihre Verpflichtungen abträgt und eine gesunde Finanzlage erreicht. Die Bauprogramme unserer Städte, kleineren Orte und ländlichen Distrikte samt der Tatsache, daß im letzten Jahr 20,000 Automobile mehr lizensiert worden sind, sollten keinen Zweifel darüber lassen, daß wir vor einer Periode des Fortschrittes stehen, der auf unserer gesunden finanziellen Grundlage beruht. Wir haben bessere Verhältnisse prophezeit im Ver-

(Fortsetzung auf Seite 5)

Zu den Liberalen übergetreten

Regina. — Unter großem Beifall der Regierungsseite der Legislatur von Saskatchewan traten die beiden Progressiven Chas. Agar, Saskatoon County, und George Cockburn, Redberry, zur liberalen Partei über. Beide legten die Gründe ihres Uebertrittes dar.

Am Montag sprach Dr. C. E. Tran, der Führer der progressiven Gruppe im Haus, über den Uebertritt seiner beiden ehemaligen Fraktionskollegen und meinte, es handle sich dabei um Opportunismus. Die beiden Abgeordneten seien ihrer Verantwortung gegenüber ihren Wählern untreu geworden. Dr. Tran forderte die sofortige Resignation der beiden Uebergetretenen. Im Anschluß daran kam es zu einem Wortgeplänkel zwischen den Liberalen und Dr. Tran.

Deutsche Transozean-Flüge geplant

New York, 19. Febr. — Der aus Europa an Bord der „France" heimgekehrte Ingenieur George Robertson, Vertreter der aviatischen Interessen Henry Fords in Europa, teilte mit, daß Deutschland jetzt mit der Vorbereitung des geplanten Passagier-Flugzeugdienstes nach Südamerika beschäftigt sei und hoffe, binnen zwei Jahren einen Flugzeug-Passagierverkehr zwischen Deutschland und New York einführen zu können. Es wird beabsichtigt, für den Luftverkehr von Bremen und Hamburg über die Azoren nach Südamerika zwölf ganzmetallene Wasserflugzeuge, von denen jedes 12 Passagiere befördern können, in Dienst zu stellen.

Neue Erdstöße in Jugoslavien

Wien, 19. Febr. — Neue Erdstöße waren heute in Jugoslavien zu verzeichnen. Nach einer Depesche aus Belgrad wurde Eigentumschaden angerichtet. Die Bevölkerung von Bosnien und der Herzegowina wurde in neuen Schrecken versetzt.

Der rumänische Hofskandal

Rom, 18. Febr. — Prinzessin Helena von Rumänien ist über die Aufführung des früheren Kronprinzen Carol tief bekümmert. Er lebt in Paris mit Fräulein Magda Lupescu. Vor der Rückkehr nach Rumänien nach ihrem Aufenthalt in Italien, sagte Helena, sie werde aus Rumänien fliehen, falls Carol zurückkomme.

Bukarest, 19. Febr. — Berichte, nach welchen Zizi Lambrino, die morganatische Gattin des früheren Kronprinzen Carol, ihre Lebensbeschreibung veröffentlichen will, erregen großes Unbehagen am rumänischen Hof. Sie beabsichtigt ihre Geschichte „Denkwürdigkeiten einer unglücklichen Frau" zu nennen.

Die unerträglich hohen Reparationslasten

Der Ernst der deutschen Wirtschaftslage

Reichsfinanzminister Dr. Köhler vor dem Reichstag.

Berlin, 16. Febr. — Der neue Reichsfinanzminister Dr. Heinrich Köhler sprach sich heute im Reichstag über die Wirtschaftslage des Deutschen Reiches in sehr pessimistischer Weise aus und bedauerte insbesondere die schweren Kriegsentschädigungslasten, die Deutschland aufgebürdet wurden. Er sagte unter anderem:

„Ich sehe zurzeit keine Möglichkeit, daß Deutschland, trotz aller besten Absichten, imstande sein wird, die für das Jahr 1929 angesetzten Reparationszahlungen zu leisten.

„Die allgemeine Wirtschaftslage ist äußerst ernst, die Zahl der Arbeitslosen hat eine gefährliche Höhe erreicht, während die hohen Zollschutzmauern des Auslandes die deutsche Industrie erdrücken."

Das dem Reichstag vorgelegte Budget beläuft sich auf 2½ Milliarden Mark. Obgleich der Finanzminister andeutete, daß das Erträgnis von 500 Millionen Mark der kürzlichen inneren Reichsanleihe zur Gewährung von Krediten für die Industrie benützt werden wird, warnte er vor der Fortsetzung der Subventionspolitik, durch die zahlreiche landwirtschaftliche, industrielle und religiöse Unternehmungen aus dem Reichsschatz Hilfe erlangen.

Er verteidigte die „unvermeidlich hohen Ausgaben" für die Armee, die im Budget mit 697 Millionen Mark angesetzt sind. Für Reparationsleistungen sind 350 Millionen Mark bestimmt.

Dr. Köhler stellte drastische Abstriche im inneren Budget in Aussicht. Er legte Zahlen vor, um zu zeigen, daß nur 3% der neunprozentigen Erhöhung des Gesamtbudgets durch gesteigerte Reparationszahlungen für das laufende Jahr verursacht wurden.

Die 1½ Milliarden Reichsmark betragenden Leistungen der dritten Jahreszahlung der Reparationen werden folgendermaßen verteilt:

Frankreich erhält rund 741 Millionen Mark. Davon werden angerechnet für Reparationen rund 584 Millionen Mark, für laufende Besatzungskosten 110 Millionen und für rückständige Besatzungskosten rund 14 Millionen Mark; für belgische Kriegsschulden 26 Millionen und für Restitutionen 7 Millionen Mark.

England erhält 304 Millionen Mark. Darunter sind enthalten 245 Millionen für Reparationen, 25 Millionen für laufende und 11 Millionen Mark für rückständige Besatzungskosten.

Italien erhält rund 95 Millionen Mark.

Belgien fallen 84 Millionen Mark zu, und zwar 47 Millionen auf Reparationen, 3½ Millionen auf Restitutionen und 25 Millionen Mark auf laufende Besatzungskosten.

Jugoslawien wird 47 Millionen Mark erhalten.

Den Vereinigten Staaten werden 79 Millionen Mark überwiesen, davon entfallen auf rückständige Besatzungskosten 55 Millionen Mark.

In der Reihenfolge der Reparationsgläubiger folgen dann Rumänien mit rund 12 Millionen, Japan mit 8 Millionen, Portugal mit 8 Millionen, Griechenland mit 4 Millionen und Polen für Restitutionen mit 203,000 Reichsmark.

Die heutige Rede Dr. Köhlers war die erste, die er als Reichsfinanzminister im Reichstag hielt. Er ist Staatspräsident von Baden und Mitglied der badischen Zentrumspartei. Beim Umsturz in Baden spielte er bei Bildung der neuen Regierung eine führende Rolle, leitete die Presseabteilung der vorläufigen badischen Regierung, übernahm im Jahre 1920 die Leitung des Finanzministeriums, war im Jahre 1922 gleichzeitig Staatspräsident und wurde im November 1926 zum zweiten Male zum Staatspräsidenten gewählt.